

Die Sprache der Energiewende Teil 1

geschrieben von Admin | 20. März 2024

Die Sprache des dekarbonisierenden Zeitgeistes versucht, das Denken der Bevölkerung zu prägen. Wendeenergie und Wandelklima beherrschen die sogenannten Qualitätsmedien und nehmen Einfluss auf das Denken in der Bevölkerung. So entsteht das passende Framing.

Von Frank Hennig

„Die Grenzen meiner Sprache bedeuten die Grenzen meiner Welt“, sagte Ludwig Wittgenstein. Die Sprache setzt der Erkenntnis Grenzen, man kann sie formen, nutzen und durch sie manipulieren. Am wirksamsten ist das „Nudging“ durch Sprache, die Beeinflussung von Denken und Handeln, ohne dass es die Zielgruppe bemerkt.

Gute Sprache ist eindrücklich und lässt vor dem geistigen Auge Bilder entstehen. Diese sind besser in Erinnerung zu behalten als Texte. Gute Journalisten und Politiker lassen in ihren Ausführungen Bilder entstehen, schlechte reihen Worthülsen aneinander. Das zeigt sich prägnant am Beispiel zweier Grünen-Promis. Während Robert Habeck eher Umgangssprache pflegt und sogar persönliche Erkenntnisse und Selbstkritik einbaut (die bis zur Offenbarung eigener Unfähigkeit reichen – „von der Wirklichkeit umzingelt“), reihen Annalena Baerbock und insbesondere die Politikerinnen ihrer Partei ganze Salven vorgestanzten Politsprechs aneinander. Am Ende bleibt wenig davon in Erinnerung, weil beim Empfänger keine Bilder entstehen.

Die Themen Energiewende, Antiatom, Dekarbonisierung und Klimawandel, die Forderung nach immer mehr „Erneuerbaren“ und dem nötigen Verzicht an Wohlstand werden von Politikern und aktivistischen Journalisten vorangetrieben. Sie bilden aktuell eine Mehrheit in der Regierung und den sogenannten Qualitätsmedien samt den Zwangsgebührenfinanzierten und geben die Richtung vor. Das nennt man Mainstream. Ihnen folgen andere, die dazugehören wollen. Man schreibt voneinander ab, das entbindet von eigener geistiger Anstrengung, man spart Recherche und vor allem erspart man sich Angriffe bei abweichenden Informationen und Kommentierungen. Die Abweichung vom Mainstream wird bestraft – durch Ignorieren, Vorenthalten von Informationen und beschränktem Zugang zum politischen Raum.

Die gute alte Lüge

Die politische Kommunikation und auch der Mainstream verwenden verschiedene bewährte Instrumente zur Manipulation. Da ist zunächst die altbekannte Lüge, die verharmlosend heute als „Fake“ bezeichnet wird. Man meidet sie in Zeiten sozialer Medien weitgehend, sie kann zu schnell aufgedeckt werden. Über das Internet lässt sich fast jede Meldung

verifizieren. Dennoch ist sie zu finden, wenn sparsame Bildung, Ideologie und Faulheit zur Recherche zusammentreffen. So beispielsweise bei einer Meldung über ein TV-Gerät, das Strom erzeugen könne.

Seltener wird so bewusst gelogen wie von Claudia Roth, die anlässlich eines Jahrestages den vorgeblichen Todesopfern des GAUs im Kernkraftwerk Fukushima gedachte. Ähnliche Aussagen trafen auch Jürgen Trittin und die „Tagesschau“. Ein erster zaghafter Versuch, Geschichte umzuschreiben. In einigen Jahren wird bei den Grünen vom Tsunami in Fukushima nicht mehr die Rede sein, nur noch von einer Atomkatastrophe. Aber die vorgeformten Mediennutzer in der linksgrünen Blase nehmen solche Auslegungen gern auf, sind sie doch kompatibel mit der eigenen Vorstellungswelt und den eigenen Narrativen.

Eine sachliche Lüge ist auch der Begriff Atomkraftwerk. Gemeint sind Nuklearanlagen, die ihre Energie aus den Atomkernen (Nukleonen) beziehungsweise deren Bindungskraft beziehen. Kraftwerke hingegen, die ihre Energie aus der Bindungskraft der Atome beziehen, sind fossile Anlagen, in denen Verbrennungsprozesse stattfinden. Die Reaktion von Kohlenstoff plus Sauerstoff ist exotherm, das heißt, sie setzt Wärmeenergie frei, die dann in der Regel zur Dampferzeugung genutzt wird. Dies sind also Atomkraftwerke. Der feine Unterschied spielt allerdings praktisch keine Rolle mehr, beide Arten der Energieumwandlung werden bei uns bekämpft.

Überraschend ist nur die Kernspaltung grüner Politik. Wurden früher die Kernkraftwerke mit dem „Atomtod“ in Verbindung gebracht, sind sie Teufelszeug geblieben, während nach deutschen Kernwaffen nun gerufen wird. Jeder weiß, dass sie keine Waffen fürs Gefechtsfeld sind, sondern Massenvernichtungswaffen. Das ficht ungediente Grüne in ihren Allmachtsphantasien aber nicht an.

Die Gebetsmühle

Sie ist ein bewährtes Mittel in Diktaturen. Stete Wiederholung verhindert tieferes Nachdenken. Sie wird heute, wie zu besten DDR-Zeiten, breit eingesetzt. Bekannte Thesen werden permanent wiederholt, bis sie auch der schnelle oder oberflächliche Medienkonsument mitsingen kann. Entsprechende Sachverhalte werden nicht mehr begründet, sondern als unumstößliche Tatsache vermittelt. In den DDR-Medien gab es nie solitär den Namen „Erich Honecker“, sondern immer nur im Zusammenhang mit der kompletten Funktionsbezeichnung „Generalsekretär des ZK der SED und Vorsitzender des Staatsrates der DDR“. Damit das im Arbeiter- und Bauern-Paradies auch wirklich jeder verstand. Für die Mauer gab es den festen Begriff des „Antifaschistischen Schutzwalls“, andere Bezeichnungen waren nicht zugelassen, abgesehen von Fachbegriffen wie „Grenzsicherungsanlagen“.

Übrigens wäre „Antifaschistischer Schutzwall“ der heute gebrauchten „Brandmauer“ vorzuziehen. Dann würde deutlicher, wohin sich unser Land

entwickelt.

Die Wirkung der Gebetsmühle wurde von Elisabeth Wehling im sogenannten ARD-Framing-Manual beschrieben:

Und dann beim dritten, vierten, fünften Mal ergeben sich Einschleif-Prozesse im Gehirn und ein Wiedererkennungseffekt – egal, ob die Sache wahrhaft ist oder eine Lüge. Und dann sagt das Gehirn irgendwann: „Ist mir viel zu anstrengend, das ist für mich jetzt eine Wahrheit.“

Nach gleichem Muster will der Deutsche Journalisten-Verband Wirkung erzielen. Die AfD soll künftig nicht mehr ohne den Zusatz „vom Verfassungsschutz beobachtet“ oder ähnlich erwähnt werden. Wie ein Warnhinweis auf Zigarettenschachteln. Für wie unmündig und hilflos hält der DJV die Mediennutzer, sich eine eigene Meinung bilden zu können?

Andere Beispiele sind „klimaschädliches CO2“, „dreckige Kohle“ oder „umstrittene CCS-Technologie“. Als umstritten bezeichnet zu werden, ist im Grunde schon ein Urteil. Fast nie wird ausgeführt, warum etwas umstritten ist, was dafür und was dagegen spricht. Die Marx'sche Dialektik von der Einheit und vom Kampf der Gegensätze, ohne die es keinen Fortschritt gibt, findet im heutigen linearen linksgrünen Denken keinen Niederschlag mehr. Hier wird Meinung vorgegeben, nicht erarbeitet.

Das entsprechende Adjektiv wird immer mitgeliefert, damit es jeder Leser oder Hörer verinnerlicht und nicht zweifelt. So erreichen uns Litaneien endloser Wiederholungen von sogenannten Qualitätsmedien. Die DDR-Sozialisierten können auf alte Praktiken zurückgreifen. Sie waren trainiert darauf, zwischen den Zeilen zu lesen oder bei endlosem Bonzen-Geschwafel die Ohren auf „Durchzug“ zu schalten.

Die wahre Hälfte

Praktikabel und wirksam für die Schaffung gewünschter Narrative sind Halbwahrheiten. So setzt man sich nicht dem Vorwurf der Lüge aus, denn das, was berichtet wird, ist wahr. Dennoch entsteht ein beabsichtigtes verzerrtes Bild der Realität.

Ein Beispiel sind die Meldungen über arabische Solarkraftwerke, die vor einigen Jahren durch die Medien gingen. Ägypten und Saudi-Arabien hatten beschlossen, große Flächen ihrer Wüsten mit Photovoltaik-Paneele zu belegen. Die Sonne steht hoch, die Preise der Paneele sind stark gefallen, es macht Sinn. Die Meldung ist wahr, aber ohne die ganze Wahrheit entsteht der falsche Eindruck: „Na bitte, die Araber machen auch Energiewende wie wir, und wir sind der Vorreiter“.

Die ganze Wahrheit ist, dass zur gleichen Zeit Ägypten und Saudi-Arabien

bei Rosatom in Moskau Verträge für mehrere Kernreaktoren abschlossen, desgleichen die Türkei. In den Emiraten läuft bereits ein erstes Kernkraftwerk. Dies zu verschweigen hat einen Grund. Es soll die ketzerische Frage vermeiden, warum diese sonnenreichen Länder dennoch in die Kernkraft investieren, die doch permanent als zu teuer und zu gefährlich geframet wird. Dabei wäre die Antwort einfach. Abends geht die Sonne unter, dann schalten die Leute das Licht ein. Die Araber wissen, dass das Speichern großer Mengen von Strom sehr teuer ist. Die weiterführende Frage wäre, warum wir als sonnenarmes Land keine Kernkraftwerke (und Kohlekraftwerke) mehr brauchen, obwohl wir kaum Speicher haben.

Begeistert wird über den weltweiten Ausbau der Windkraft berichtet, weniger über die Begleiterscheinungen. In Norwegen müssen vermutlich 151 Anlagen rückgebaut werden, weil die Anlagen „die kulturellen Rechte des Volkes der Samen“ beeinträchtigen. Diese hatten argumentiert, Anblick und Geräusch der Windturbinen verängstige ihre Rentier-Herden und bedrohe damit jahrhundertealte Traditionen. Die berechnete Frage dazu würde lauten, wie es um die kulturellen Rechte der Ureinwohner Deutschlands und ihrer Weide- und Wildtiere steht. In Mexiko gibt es Widerstand der Einheimischen und Fischer gegen ausländische Windkraft-Heuschrecken. Darüber findet sich in unseren Medien nichts, auch weil es schwer zu verarbeiten ist. Mexikanische indigene Windkraftgegner kann man nicht wie deutsche als Fortschrittsverweigerer in die rechte Ecke schieben.

Der Abstand polnischer Kernkraftwerke zur deutschen Grenze wird thematisiert, nicht die CO₂-Vermeidung durch diese. Nachrichten erhalten wir zu einem neuen chinesischen Mega-Windrad, zur Entwicklung von Mini-Reaktoren kaum. Wenn es sich nicht vermeiden lässt, werden hohe Kosten, Zeitverzögerungen, Unternehmenspleiten angeführt. Der Kampf gegen das böse Atom geht weiter, auch wenn wir keine aktiven Kernkraftwerke mehr haben, keine kernenergetische Forschung und keine zugehörige Industrie mehr. Rot-Grün möchte die Diskussion als abgeschlossen betrachten, am besten nicht mehr darüber reden. Diese Hoffnung wird nicht in Erfüllung gehen. Der Ausstieg aus der Kernenergie war ein so fundamentaler Fehler, dass die Diskussion den Vollstreckern anhaften bleiben wird wie Hundedreck am Schuh.

Falsche Bilder

Um Realität in einem gewünschten Bild erscheinen zu lassen, schafft man vergleichende Begriffe. Die „Erneuerbaren“ werden als Freiheitsenergien bezeichnet, was sachlich sogar in zweierlei Hinsicht falsch ist, soweit es die Wind- und Solarenergie betrifft. Zum einen besteht die starke und unvermeidbare Abhängigkeit vom Windaufkommen und der Tageszeit, mithin von den Launen und Gesetzmäßigkeiten der Natur. Das setzt uns in einen Stand, der im Mittelalter wirtschaftsprägend war. Zum anderen können wir die Anlagentechnik nicht oder nur sehr teuer selbst produzieren. Der enorme Materialaufwand erfordert Rohstoffe, die wir im eigenen Land kaum

haben oder nur unter hohen Kosten gewinnen könnten. So sind wir von Weltmarktführern, in diesem Fall China, komplett abhängig.

„Freiheitsenergie“ sollte bedeuten, dass wir uns aus russischer Abhängigkeit, von Öl und Gas aus dem Reich des Bösen, befreit haben. Die Wahrheit ist, dass wir die Abhängigkeit nur umhängen nach China und zudem nur Zufallsstrom produzieren können.

Die „Erneuerbaren“ seien auf der Überholspur, wird des Öfteren verkündet. Wer überholt, ist schneller, im übertragenen Sinne auch größer oder stärker. Richtig ist die Formulierung nur in Bezug auf den Zuwachs an installierter Leistung an Windkraft und Photovoltaik in Deutschland und sogar global.

Davon wird mehr gebaut als bei jeder anderen Technologie. Beim Primär-, also Gesamtenergiebedarf, machen Wind und Solarenergie global etwa vier Prozent aus und wachsen langsamer als der Energiebedarf der Welt. Nach Angaben der Bundesanstalt für Geologie und Rohstoffe (BGR) wurden 2022 weltweit 15,5 Milliarden Tonnen Kohle verbrannt, fast acht Prozent mehr als im Jahr davor. Ein Rekordwert, eine Trendumkehr sei nicht zu erkennen. Mit anderen Worten: Trotz starken Zubaus kann mit Wind- und Solaranlagen nicht einmal der Anstieg des globalen Energiehungers kompensiert werden, geschweige denn, es wäre irgendein Überholvorgang.

Im Rahmen des exzessiven Ausbaus der „Erneuerbaren“ werden Ansammlungen solcher Anlagen gern als Parks bezeichnet. Bestimmte Gebiete würden mit Wind- oder Solarparks bebaut, heißt es dann. Welche Assoziation verbindet sich mit dem Begriff eines Parks? Ruhe, grüne Umgebung, saubere Luft, Erholung. Die findet man in diesen Industrieparks mit Sicherheit nicht. Die zuweilen schier endlosen Solar-Freiflächenanlagen sind ökologisch tote Flächen und so gut wie immer eingezäunt wegen des öfter praktizierten Paneel-Klaus. Im Sommer werden die Anlagen durch die Aufheizung der Paneele auf bis zu 120 Grad zu Hotspots in der Landschaft, die das regionale Wetter und Klima beeinflussen. Die Biodiversität nimmt ab. Da kann man vorbei laufen, aber ein Spaziergang im Park ist das mit Sicherheit nicht. Windkraftanlagen sind zwar nicht eingezäunt, aber auch da ist ein Spaziergang nicht angenehm, es gibt kaum Schatten und die Geräuschkulisse, halbwegs guten Wind vorausgesetzt, ist ausgesprochen unangenehm.

Die Verwendung des Begriffs Park ist eine gewollte Irreführung, um einen falschen naturfreundlichen Eindruck zu erwecken. Die gravierenden Auswirkungen von Windkraftanlagen im Wald werden verniedlicht. Der sächsische Ministerpräsident Kretschmar sprach auf einer CDU-Veranstaltung von „Windkraft überm Wald“, so als wäre der Wald von den Anlagen nicht betroffen oder berührt. Die Betrachtung einiger Luftaufnahmen schafft hier Realitätssinn und Ernüchterung, vielfältig und negativ sind die Auswirkungen, gegen die sich immer mehr Menschen wehren.

Aus interessengeleiteten Gründen wird die Windkraft zur wichtigsten

Energieform hochgejubelt. Das macht man einfach an der jährlich produzierten Strommenge fest. Ist die schiere Menge am wichtigsten oder vielleicht eher diejenige Energie, die verlässlich zur Verfügung steht? Eine typische Energiewende-Nebelkerze, zu der man ergänzend anmerken muss, dass die Windkraft auch nicht nachhaltig ist, weil sie zeitweise nicht zur Verfügung steht. Ebenso mengenbezogen tituliert man die Windkraft als Arbeitspferd der Energiewende, wobei es sich um ein völlig falsches Bild handelt. Der Landwirt schirrt das Arbeitspferd an, gibt ein Kommando, worauf sich das Gespann in Bewegung setzt.

Das kann die Windkraft nun wirklich nicht leisten. Das erratische Verhalten des Windaufkommens entspricht dem eines Wildpferdes, welches nach eigenem Gusto läuft, galoppiert, grast oder schläft, völlig unabhängig vom Willen des Menschen. Die wahren Arbeitspferde sind die konventionellen Kraftwerke, die regelnd das System aufrechterhalten, unabhängig von Wetter und Tageszeit. Die Windkraft ist ein launischer Gaul, nach dem sich die Nutzer wie die Müller im 19. Jahrhundert richten müssen. Für das Energiesystem bedeutet das Zusatzkosten für Backupkraftwerke, Speicher oder Verbrauchersteuerung.

Weiter demnächst im Teil 2 ...

Der Beitrag erschien zuerst hier bei TE

ESG, die woke Schattenregierung der Milliardäre

geschrieben von Admin | 20. März 2024

Edgar L. Gärtner

Unter dem Titel „*ESG – Elitists’ Shadow Government. Wie abseits von demokratisch beschlossenen Gesetzen der europäische Bürger mittels ESG-Vorgaben umerzogen werden soll.*“ luden die beiden österreichischen Europa-Abgeordneten der ID-Fraktion Roman Haider und Harald Vilimsky am 13. März zu einer gut besuchten Podiumsdiskussion ins Straßburger EU-Parlament. Neben den genannten Gastgebern saßen auf dem Podium Dr. James Taylor, der Direktor des Chicagoer Heartland Instituts, der kalifornische Journalist und Autor Jordan Schachtel sowie meine Wenigkeit, weil ich mich durch einen viel beachteten Beitrag bei EIKE sozusagen selbst für eine solche Verwendung empfohlen hatte. Gerade weil die drei Buchstaben ESG der breiten Öffentlichkeit wenig bis nichts sagen, hält James Taylor die dahinter stehende politische und

ökonomische Strategie für die derzeit größte Bedrohung der uns noch verbliebenen Freiheit. Die beiden einladenden MEPs, schlossen sich, was nicht überraschend ist, dieser Diagnose an.

ESG steht für „Environmental, Social, Governance“, d.h. für Umweltschutz-, Sozial- und Unternehmensführungs-Kriterien für die Bewertung der angenommenen Nachhaltigkeit von Kapitalinvestitionen. Die großen internationalen Vermögensverwaltungs-Gesellschaften BlackRock, State Street und Vanguard, die zusammen über Zig Billionen Dollar Gelder von kleinen und mittleren Anlegern gebieten, können damit Investitionslenkung gemäß ideologischer Vorgaben betreiben. Damit aber verletzen sie in vielen Fällen die Treuepflicht gegenüber ihren Anlegern, denn diese sind an einer Maximierung der Wertschöpfung und einem entsprechenden Wachstum der Börsenkurse interessiert. Die zahlreichen Firmen, an denen BlackRock und seine Wettbewerber als Großaktionäre beteiligt sind, können ihrerseits die Wertschöpfung nur steigern, indem sie ihre Kunden mit qualitativ hochwertigen Produkten und Dienstleistungen zufrieden stellen.

Doch die Kundenzufriedenheit rangiert in den zwischen den großen Vermögensverwaltern, staatlich besoldeten Wissenschaftlern und einer unübersichtlichen Zahl grüner NGOs ausgehandelten Nachhaltigkeitskriterien des „Stakeholder-Kapitalismus“ bei weitem nicht an erster Stelle. Ganz oben rangiert der „Klimaschutz“, der beinahe ausschließlich am Niveau des CO₂-Ausstoßes festgemacht wird. Das kann dem eigentlichen Geschäftszweck der einem ESG-Management-System unterworfenen Firmen fundamental widersprechen und beschneidet so nicht nur deren wirtschaftliche Freiheit, sondern auch deren Gewinnaussichten. BlackRock fordert zum Beispiel von den Öl- und Gasfirmen wie Exxon und Chevron, an denen er als Großaktionär beteiligt ist, die Reduktion ihrer Förderaktivitäten. Jordan Schachtel schilderte, wie große Teile der Wirtschaft mithilfe „Wokeness-“ und ESG-Kriterien wie „Carbon-free“, „Net Zero“, „Diversity“ und „LGBTQ+-friendly“ auf den Weg zu einer „Green Transition“ gebracht werden sollen. James Taylor wies darauf hin, dass viele der mittelständischen Firmen, auf die der Schiefergas-Boom in den USA zurückgeht, auf Druck von BlackRock oder State Street schon jetzt keine Versicherer mehr finden.

Ich selbst wies darauf hin, dass das bereits in den 1990er Jahren gestartete Social- und Environmental Reporting zunächst freiwillig blieb und somit der Profilierung einer Firma gegenüber Wettbewerbern dienen konnte. (Ich habe damals selbst für eine Reihe von Industrie- und Finanz-Unternehmen Umweltbilanzierungen begleitet und Umweltberichte geschrieben, was für mich als Ökologen ein willkommenes Zubrot war.) Inzwischen ist ESG in Verbindung mit einer entsprechenden Zertifizierung zur Pflicht geworden und stellt für die teilnehmenden Firmen lediglich einen Kostenfaktor dar, dem kein sichtbarer Nutzen gegenüber steht. Darunter leiden vor allem kleine und mittlere Unternehmen (KMU), bei denen diese Kosten im Vergleich zum bescheidenen Umsatz viel stärker zu Buche schlagen als bei den Großen. Mit diesen können die Kleinen aber

ohne ESG-Zertifizierung gar nicht mehr ins Geschäft kommen.

Da die Vorgaben und Normen des ESG-Reporting auf einem intransparenten Aushandlungsprozess zwischen staatlichen Bürokratien, Konzernverwaltungen und die Interessen kleiner Minderheiten vertretenden NGOs beruhen, kommt es leicht zu einer ungesunden Symbiose zwischen diesen Akteuren. So sorgt ESG trotz des dort verlangten Bekenntnisses zur „Diversity“ für eine nie dagewesene bürokratische Gleichschaltung des Wirtschaftslebens. Der Korridor des Sag- und Machbaren wird immer enger. Alle Unternehmen müssen tendenziell dem gleichen Geschäftsmodell und der gleichen Risikobewertung folgen. Da aber die größten Risiken erfahrungsgemäß von Dingen ausgehen, die kaum jemand im Blick hat, drohen auf diese Weise ganze Volkswirtschaften an die Wand gefahren zu werden.

Ich wurde auch gefragt, ob ich einen Zusammenhang zwischen ESG und dem Untergang der Schweizer Großbank Crédit Suisse sehe. Ich konnte diese Frage nur bejahen, zumal sich die Bank in ihrer Öffentlichkeitsarbeit selbst damit gebrüstet hat, dass in den letzten Jahren mehrere Tausend Führungsverantwortliche Schulungen zum Thema „Führung und Inklusion“ besucht haben und 6000 Mitarbeiter als „LGBTQ+-Allys“ aktiv waren. Ob das den Absturz des einstigen Schweizer Nationalheiligtums beschleunigt hat, lässt sich freilich nicht formell beweisen. Aber man kann davon ausgehen, dass die Zeit, die hier in postmoderne Aktivitäten investiert wurde, für die Bewertung der Rentabilität von Investitionen und der Seriosität von Kreditanträgen fehlte.

In letzter Zeit ist der vor allem vom „World Economic Forum“ (WEF) in Davos gepredigte feudal-kommunistische „Stakeholder-Kapitalismus“ in den USA und in anderen Teilen des „Westens“ selbst nicht ohne Grund unter wachsenden Beschuss geraten. Die „Neue Zürcher Zeitung“ (NZZ) brachte schon im Juli 2022 ein Interview mit dem erfolgreichen indisch-stämmigen Unternehmer und „Wokeness“-Kritiker Vivek Ramaswamy (Autor des Bestsellers „Woke, Inc: Inside Corporate America's Social Justice Scam“ und Gründer der neuen Vermögensverwaltungs-Firma „Strive“). Dieser fordert dort einen „Exzellenz-Kapitalismus“ anstelle des „Stakeholder-Kapitalismus“: *„Der Kunde ist wichtiger als alle anderen Stakeholder. Der Exzellenz-Kapitalismus bietet den Führungskräften insofern einen klaren Nordstern und Orientierung, wie sie die konkurrierenden Interessen priorisieren sollen.“* Mitte Februar 2024 zogen BlackRock, State Street und die Investment-Bank JPMorgan Chase zusammen etwa 16 Billionen US-Dollar aus dem ESG-Pakt „Climate Action 100+“ ab.

Ob das ein Signal für den begonnenen Bedeutungsverlust von ESG und die Rückkehr zu verlässlichen Methoden der Wirtschaftlichkeitsberechnung ist, lässt sich derzeit noch nicht mit Gewissheit sagen. Vermutlich geht es zunächst darum, Investitionsmittel in den Rüstungssektor umzuleiten. In Frankreich spielt Wirtschafts- und Finanzminister Bruno Le Maire bereits mit dem Gedanken, die Hand auf die dort noch immer beliebten Sparbücher (Livret A) zu legen, um die von Staatspräsident Emmanuel

Macron angemahnte bzw. angedrohte Entsendung von Bodentruppen in die Ukraine zu finanzieren. Der mit dem subventionierten Sparbuch verbundene kleingedruckte Vertrag gibt ihm das Recht dazu.

Wir haben die höchsten Strompreise der Welt!

geschrieben von Admin | 20. März 2024

Der Dipl. Physiker Dieter Böhme sagt warum:

wir haben die höchsten Strompreise der Welt, unter denen die Leute leiden und die Industrie (sofern sie kann) das Weite sucht. Wenngleich dies auch (noch) nicht allen bewusst sein mag?

Aber daran wird gearbeitet. Zum Beispiel mit neuen Windvorrang-Gebieten für Windräder hoch wie der Berliner Fernsehturm (ohne Antenne), demnächst auch vor Deiner Haustür.

Dabei „ermöglicht“ uns die Windkraft, pro Quadratmeter Rotorfläche in etwa eine 40-Watt-Glühbirne rund um die Uhr zu betreiben, wenn (ja wenn) man den Strom denn speichern könnte, was in dieser Dimension nicht geht. Dies sagt die Physik. Das heißt, es braucht „nur“ noch ein paar Milliarden Quadratmeter Rotorfläche, und Speicher, die es nicht gibt, und die den Strom weiter exorbitant verteuern würden, bis alles fertig hat.

Unser Land und die Industrie wohl auch? Doch es wird unverdrossen weiter gemacht, in Deutschland, um die Welt zu retten, wohl getreu dem Raschlagt von Albert Einstein

“Die Definition von Wahnsinn ist, immer wieder das Gleiche zu und andere Ergebnisse zu erwarten“.

Zum Thema Windkraft wollte auch der Corona-Ausschuss diskutieren und lud mich zu einem Interview ein.

Sitzung 196: Thema Windkraft -Interview mit Dipl.-Phys. Dieter Böhme

Wer dies nachvollziehen möchte, findet mein Power-Point-Präsentation im Anhang.

Wer etwas mehr zu den „Grenzen der Erneuerbaren“ erfahren möchte, kann dies in der längeren Text-Version des Vortrages suchen. (s. Anlage) Auch inkl. meiner Antwort auf manche Fragen, z.B. welchen Beitrag Gezeitenkraftwerke zur Energiewende leisten können.

Ich wollte wenig auslassen, deshalb ist der Text als Nachschlagewerk etwas länger geworden.

PS: Auch zur „menschengemachten Wandlung“ des Mikroklimas durch Windräder finden sich ein paar Fakten in meinem Vortrag, Stichworte: 7.900 Hiroshima Bomben und Bernoulli-Gleichung.

Mit freundlichem Gruß
Dieter Böhme

Woher kommt der Strom - Grenzen der Eneuerbaren_Vortrag_CA

Woher kommt der Strom - Grenzen der Erneuerbaren_Text

Das grüne Abschalten geht weiter

geschrieben von Admin | 20. März 2024

Die Abschaltung der Kohlekraftwerke geht trotz aller Warnungen – zuletzt vom Bundesrechnungshof – munter weiter. Es ist einfach irre.

von Manfred Haferburg

Die Netzbetreiber und der Bundesrechnungshof schlagen Alarm, dass die Netze nicht mehr in jeder Situation sicher betrieben werden können. Es wurden einfach zu viele Kraftwerke verschrottet, ehe ein funktionierender Ersatz zur Verfügung steht. Sie wissen schon: alte Brunnen zuschütten, ehe die neuen Brunnen Wasser geben. Brücken nach dem Passieren in die Luft sprengen. Die Achse hat hier und hier darüber berichtet. Der geniale Wirtschafts- und Klimaminister war über die Hiobsbotschaft des Bundesrechnungshofs leicht missgestimmt und meinte in seiner knuffigen Art, dass er den Bericht des Bundesrechnungshofes „zur Kenntnis genommen hat und mehr nicht“. Er schob noch ein norddeutsches „Danke dafür“ nach.

Kein Wunder über die Verärgerung, der Watschenbericht kam zur Unzeit. Herr Dr. Habeck hatte doch gerade den andächtig lauschenden Amerikanern mit hochdiplomatisch gesetzten Worten geraten, ihre „f...ing problems“ endlich zu lösen. Diesen neckisch-burschikosen Auftritt auf dem glatten internationalen Parkett hat er sich doch bei seiner feministischen Außenkollegin abgeschaut. Da machte es schon gar nichts mehr, dass er den womöglich künftigen Präsidenten der USA damit abwatschte, „alles kaputt gehauen“ zu haben. (Looking back, it can be said that Donald Trump “destroyed” all cooperation formats) Oh, oh, böse Zungen sagen,

dass der Kaputthauer sehr nachtragend sein kann. Und, Herr Habeck, Sie brauchen doch Fracking-Gas, ganz viel Fracking-Gas, bis dann ganz bald der grüne Wasserstoff aus hunderten neuen Elektrolyseurfabriken durch die 10.000 Kilometer des neuen Wasserstoffnetzes zu den neuen vielen H2-Ready-Gasturbinen fließt.

Zum Glück löst gerade Herr Habeck in Deutschland alle seine f...ing problems. Make the Energiewende great again! Erfolge, wohin man schaut. Vorreiter, auf die Pferde, Augen zu und durch, das große Abschalten geht weiter. Deutschland ist zwar schon seit einem Jahr – nach der Abschaltung der letzten Kernkraftwerke Strom-Nettoimporteur mit Verschenken von Überproduktion und Höchstpreisen für importierten Atomstrom. Na und, ist doch nur das Geld der Stromkunden und Steuerzahler. Die Kosten für die Netzstabilisierung des Flatterstroms, Redispatch genannt, liegen bei über vier Milliarden Euro pro Jahr. Na und, ist doch nur das Geld der Stromkunden und Steuerzahler.

RWE „Grünwerdung“

Der Ausstiegsplan nach dem Kohleausstiegsgesetz gilt weiter und „zur Kenntnis genommen, mehr nicht“ gilt offenbar auch. Und nach diesem Gesetz werden im rheinischen Braunkohlerevier fünf große Kraftwerke noch in diesem Jahr stillgelegt, mit einer Gesamterzeugungskapazität von 2,5 Gigawatt – etwa so viel wie zwei Kernkraftwerke. RWE-Chef Krebber sagte: *„In gut zwei Wochen werden wir im Rheinischen Revier die drei Braunkohleblöcke endgültig stilllegen, die von der Bundesregierung in der Energiekrise aus der Sicherheitsbereitschaft aktiviert worden waren. Planmäßig schalten wir zudem die beiden 600-Megawatt-Kohle-Blöcke in Neurath ab, deren Betrieb per Gesetz verlängert worden war.“*

Investoren sprechen allen Ernstes vom „Grünwerden von RWE“. RWE betreibt dann in Deutschland nur noch drei Kohlekraftwerke. Die Regierung könnte den Reservebetrieb dieser letzten RWE-Braunkohleblöcke für längstens drei weitere Jahre anordnen. Die Kraftwerke gehörten dann zwar weiter RWE, doch über den Einsatz würden die Netzbetreiber verfügen. *„Das wären dann nicht mehr unsere CO₂-Emissionen“*, sagt Krebber. Nö, das ist dann Habecks CO₂. Es wird dann nicht mehr vom Stromkunden bezahlt, sondern vom Steuerzahler.

Soweit ich das verstehe, gibt es für die abgeschalteten Kohlekraftwerke keinen Ersatz an „gesicherter Leistung“, das heißt Leistung, die man unabhängig vom Wetter steuern kann. Für ihren Ersatz bei Flaute und Dunkelheit sollen irgendwann eigentlich Gaskraftwerke gebaut werden. Es sollen 20 neue große Gaskraftwerke gebaut werden, nötig wären aber 40. Aber auch die 20 sind noch nicht mal in der Planung. Die Bundesregierung hat ihre „Kraftwerksstrategie“, nach der die Fördergelder versteigert werden sollen, noch immer nicht vorgelegt.

Politik aus der Anstalt

Diese Strategie hat jetzt zwei Jahre Verzögerung. In der Regierung zanken sich die Koalitionspartner wie die Kesselflicker, welches Ressort die Unsummen an Investitionen zu zahlen hat. Kosten um 16 Milliarden werden jongliert, die keiner hat und die man dem Bürger irgendwie mit wohlklingenden Bezeichnungen abknöpfen muss.

Und ohne die „Fördergelderversteigerung“ – lustiger Begriff – baut weder RWE noch jemand anderes ein Gaskraftwerk. Die können sich nämlich im EEG-Strommarkt nicht rechnen, da sie nur produzieren dürfen, wenn kein Wind geht. Das halbe Jahr stehen sie rum und kosten. Und der Brennstoff ist das Teuerste, was es auf dem Markt gibt. Und CO₂-Zertifikate müssen sie auch kaufen. Und der Gasanstieg ist schon geplant, obwohl es noch keinerlei Wasserstoff gibt. Na und, ist doch nur das Geld der Stromkunden und Steuerzahler.

Das ist reinrassige Politik aus der Anstalt: Kohlekraftwerke heute verschrotten und darauf hoffen, dass morgen jemand so dumm ist, sich nicht rechnende Gaskraftwerke in großem Stil zu bauen. Kann man machen, muss aber fest daran glauben, dass der Krug weiter zu Wasser geht.

Genießen Sie die Komödie!

RWE-Vorstand Krebber sagt zu Gaskraftwerken sehr zurückhaltend: *„Wir können uns vorstellen, bis 2030 Kraftwerke mit 3 Gigawatt Kapazität zu errichten“*. Aber er wartet noch auf das *„Ausschreibungsdesign“* – ein genauso lustiges Wort, wie *„Fördergelderversteigerung“*. Herr Krebber vom VEB RWE, nun geben Sie sich mal einen Ruck – regierungsamtlich geplant sind nämlich nicht drei, sondern 20 oder 40 GW Gaskraftwerke. Mit Ausschreibungsdesign ist nichts anderes gemeint als die Maximierung des Abgreifens von Subventionen, die der Stromkunde und Steuerzahler berappen muss. Na und...?

Was sagen Sie da, lieber Leser? Steuerzahler und Stromkunden? Das sind doch dieselben Leute! Na, Sie Blitzmerker, Sie. Aber kaufen Sie sich lieber Popcorn und genießen Sie den Unterhaltungswert einer Komödie, die sich *„Energiewende“* nennt, und in deren nächstem Akt die Versteigerung von Fördergeld aus den Taschen der Steuerzahler und Stromkunden gezeigt wird. Stellen Sie sich das so ähnlich vor wie die Ziehung der Lottozahlen mit Robert Habeck als Lottofee und einem Jackpot, der an US-Großinvestoren geht.

Zum guten Schluss ein ganz heißer Tipp: kaufen Sie sich alle noch schnell ein gerade günstiges gebrauchtes Elektroauto und eine Wärmepumpe, dann gewinnt die Uraufführung der Energiewendekomödie enorm an Spannung.

Der Beitrag erschien zuerst bei ACHGUT hier

Sehen Sie hier die vollen Bericht des Bundesrechnungshofes zur Energiewende

Immer mehr ernste Warnungen vor langen Stromsperren

geschrieben von Admin | 20. März 2024

Die Energiewende wird Deutschland 5 Billionen Euro kosten. Ein teurer Spaß, vor allem, wenn man bedenkt, dass Netzbetreiber vor drohenden häufigen und langen Stromabschaltungen wegen der Energiewende warnen.

von Manfred Haferburg

Wieder kommt – von den Medien wenig beachtet – eine neue Hiobsbotschaft auf den Vizekanzler und Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz Dr. Robert Habeck zu. *Welt Online* titelt: *Stromnetz bis zu hundertmal im Jahr tot? Die neuen Zweifel am frühen Kohleausstieg*“.

Nun ist es nicht mehr „nur“ der baden-württembergische Netzbetreiber TransnetBW, der vor dem Netzzusammenbruch warnt. Es ist nicht mehr nur der Bundesrechnungshof, der dem Energiewendeschiff bescheinigt, gefährlich aufs Riff zuzulaufen. Nun warnt die Chefin des größten Verteilnetzbetreibers *Westenergie* vor großen Versorgungslücken. *Westenergie* versorgt rund acht Millionen Menschen im Westen Deutschlands mit Strom, Gas, Wasser und Internet. Mit einem Stromnetz von fast 200.000 Kilometern Länge gilt die Eon-Tochter als größter Verteilnetzbetreiber des Landes.

Welt Online schreibt: „*Katherina Reiche, Chefin des größten Verteilnetzbetreibers Deutschlands, warnt vor enormen Versorgungslücken im Stromnetz angesichts eines Kohleausstiegs bis 2030. In einem bestimmten Szenario seien bis zu hundert Abschaltungen im Jahr möglich, die bis zu 21 Stunden dauern könnten*“. Der Netzbetreiber hat die Wetterdaten der letzten dreißig Jahre ausgewertet und den Kraftwerksverschrotungsplänen der Bundesregierung gegenübergestellt.

Demnach könnten es im Jahresverlauf in dunklen, windstillen Phasen bis zu hundertmal zu Versorgungslücken kommen, die bis zu 21 Stunden dauern. Dies sei für ein Industrieland nicht hinnehmbar. Ob das nur für die Industrie hinnehmbar ist, da habe ich meine Zweifel. Da könnten auch die

im Dunkeln und Kalten sitzenden Verbraucher unfroh reagieren und an der heilsbringenden Energiewende zweifeln.

Und was sagt die „Wissenschaft“?

Zu den leisen Kritikern des vorgezogenen Kohleausstiegs zählen auch drei ostdeutsche Ministerpräsidenten, Brandenburgs Dietmar Woidke (SPD), Sachsens Ministerpräsident Michael Kretschmer (CDU) und Sachsen-Anhalts Ministerpräsident Reiner Haseloff. Sie fordern, das vorgezogene Kohle-Aus im Jahre 2030 schlicht zu streichen.

Umweltschutzorganisationen wie BUND und die Partei der Grünen pochen indes auf das frühe Ausstiegsdatum. „Wir Grüne im Bundestag wollen den Kohleausstieg auf 2030 vorziehen“, heißt es auf der Website der Grünen Fraktion. Nach dem Willen der Regierungsparteien soll der Anteil von Strom aus Wind und Sonnenenergie bis zu diesem Zeitpunkt auf 80 Prozent gestiegen sein. Die schwarz-grüne Landesregierung in Nordrhein-Westfalen hat sich mit dem RWE-Konzern auf ein Ende der Kohleförderung im Rheinland, dem größten Braunkohlerevier Europas, bereits für das Jahr 2030 verständigt.

Was sagt denn nun die „Wissenschaft“ dazu, ob die deutsche Energiewirtschaft den Ausstieg aus Kernkraft, Kohle und Gas innerhalb weniger Jahre problemlos bewältigen kann? Dazu gibt es eine Vielzahl von Auftragsstudien mit unterschiedlichsten Ergebnissen. Die Analysen der Bundesnetzagentur und der Umweltverbände halten das Ziel unter hohen Kosten und der Bedingung, dass die Planziele der Regierung hinsichtlich des Ausbaus der erneuerbaren Energieträger und der Backup-Gaskraftwerke eingehalten werden, für erreichbar. Inzwischen hält aber sogar die Regierung diese Pläne für unrealisierbar und hat sie zum Teil kurzerhand halbiert.

Ungeheure Kosten

Die Betrachtungen der Netzbetreiber hingegen sehen die Verlässlichkeit der Stromversorgung in Deutschland grundsätzlich in Gefahr. Es gibt schlicht nicht die personellen, finanziellen und materiellen Ressourcen, die Pläne der Regierung hinsichtlich des Netzausbaus, des Baus der Backup-Gaskraftwerke, der Windräder und der Wasserstoff-Industrie in der zur Verfügung gestellten Zeit zu realisieren.

Leider hat sich die Ampel angewöhnt, die Brücken nach der Überquerung zu sprengen, wie bei der Kernenergie deutlich zu sehen ist. Der Rückweg soll unter allen Umständen versperrt werden, auch wenn sich eine Entscheidung später als Irrtum herausstellt. Nach der Devise „Not macht erfinderisch“ sollen dann wohl Energiespeicher herbeigezaubert werden. Beim Kohleausstieg hat man das Jahr 2030 auch im Habeck-Ministerium wohl schon längst beerdigt. Anders sind die Laufzeitverlängerungen bis nach 2031 nicht zu erklären, welche die

Bundesnetzagentur den „Kohle-Netzreservekraftwerken“ gewährt hat.

Die Wirtschaftsforschungsinstitute sehen zusätzlich ungeheure Kosten auf die Deutschen zurollen. Allein für die Ertüchtigung der Mittel- und Niederspannungsnetze werden jährlich 16 Milliarden Euro fällig. Die meist erdverlegten Niederspannungsnetze sind nämlich hinsichtlich ihrer Leitungsquerschnitte und ihrer Transformatoren nicht dafür ausgelegt, die hohe Anschlussleistung der vielen geplanten Wärmepumpen und Ladestationen für E-Autos zu versorgen.

Fünf Billionen Euro für die Energiewende

Aber auch hier lässt die Regierung schon die alten Brunnen zuschütten, bevor die neuen Wasser geben. Anders ist die Novelle §14 Energiewirtschaftsgesetz: *Regelungen zur Integration steuerbarer Verbrauchseinrichtungen* nicht zu erklären. Seit 1. Januar 2024 gilt: *„Ein Netzbetreiber darf nun den Anschluss von steuerbaren Verbrauchseinrichtungen nicht mehr mit dem Hinweis auf mögliche Niederspannungsnetz-Engpässe verweigern“*. Notabene: obwohl die Netze nicht dafür geeignet sind, obwohl der Chef der Bundesnetz-agentur Müller selbst sagt: *„Auf einen schnellen Hochlauf ist der größte Teil der Nieder-spannungsnetze aktuell allerdings noch nicht ausgelegt. Die Netze müssen in hohem Tempo optimiert, digitalisiert und ausgebaut werden“*.

Welt Online schreibt: *„Eine Analyse im Auftrag des britischen Beratungsunternehmens Cornwall Insights verwies kürzlich zudem darauf, dass sich auch der Finanzspielraum der Bundesregierung für die Unterstützung von Gaskraftwerken verengt hat. Doch ohne Subventionen sind diese Stromerzeuger nach Angaben aus der Branche nicht rentabel zu betreiben.*

Fest steht, dass die Energiewende noch enorme Geldsummen verschlingen wird. Bis 2050 seien Investitionen von rund fünf Billionen Euro notwendig, um Deutschlands Klimaneutralität zu erreichen, sagte Reiche unter Berufung auf Daten des Prognoseinstituts und der bundeseigenen KfWBank. Davon entfalle der Großteil auf die Bereiche Mobilität, Industrie und Energie. Hauptsächlich durch die Elektrifizierung des Autofahrens (per E-Auto) und des Heizens (per Wärmepumpe) werde die Stromnachfrage auf absehbare Zeit um jährlich zwei bis drei Prozent zulegen.“

Verarmungsprogramm für Deutschland

Fünf Billionen Euro bis 2050? Sind das nicht fünftausend Milliarden Euro? Dann arbeitet das ganze Land in den nächsten 25 Jahren für nichts anderes mehr als die Umsetzung der Dekarbonisierungsfantasien der Grünen. Es muss eine ganze Speicherindustrie aufgebaut werden. Derzeit besitzt Deutschland Speicher mit der Kapazität von ein paar Gigawattstunden. Dies muss innerhalb weniger Jahre auf 91

Gigawattstunden erweitert werden. Das bedeutet eine Verdreizehnfachung der Speicherkapazität bis 2050. Technologisch und geologisch eignen sich derzeit für Deutschland aber leider nur Batteriespeicher. Das Material dafür muss aber wohl von einem anderen Stern geholt werden.

Es sollen für 60 Milliarden H2-Ready-Gaskraftwerke gebaut werden, die vorerst mit teurem Fracking-LNG aus den USA betrieben werden. Aber aus dem Erdgas wollen die Grünen ja auch baldmöglichst aussteigen. Die Unmöglichkeit der Umsetzung aller hochfliegenden Beglückungsideen der Grünen zur Weltrettung ergibt nur einen Sinn: Es ist ein Verarmungsprogramm für Deutschland.

Dem letzten Satz des *Welt-Online*-Artikels habe ich nichts hinzuzufügen: *„Soll die Rechnung für eine sichere Stromversorgung aufgehen, muss gleichzeitig die Wasserstoff-Produktion von derzeit nahe null auf bis zu 40 Gigawatt hochgefahren werden – im Wesentlichen, um den Betrieb der Gaskraftwerke auch dann zu garantieren, wenn der nächste Ausstieg perfekt sein wird: der aus dem Erdgas“.*

Der Beitrag erschien zuerst bei ACHGUT hier